

Presseinformation

Alexa Lamberz
Pressesprecherin der Fraktion

**DIE LINKE. Fraktion im
Landtag Brandenburg**

Alter Markt 1
14467 Potsdam

Telefon: 0331 / 966 15 37
Telefax: 0331 / 966 15 40

pressestelle@
linksfraktion-brandenburg.de

Potsdam, den 19.11.2015

19. Sitzung des Landtages

**TOP: „Auswertung der 18 Leitbildkonferenzen zur Verwaltungsstrukturreform“
Redebeitrag Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
(Es gilt das gesprochene Wort)**

Frau Präsidentin!
Meine Damen und Herren!

Liebe Brandenburgerinnen,

Zuerst einmal Dank an CDU-Fraktion, die ihre Aktuelle Stunde für das Thema Verwaltungsreform geopfert hat, natürlich völlig uneigennützig. Es ist richtig und wichtig, Zwischenbilanz im Bürgerdialog zur Verwaltungsstrukturreform zu ziehen.

Schließlich ist ein solcher ergebnisoffener Dialog zu einem Leitbildentwurf kein routiniert abzufahrendes Programm, sondern ein bundesweit bisher beispielloser Vorgang.

Ich darf daran erinnern, dass der Entwurf für das Leitbild nicht vom Himmel gefallen ist, sondern auf den Ergebnissen der Enquetekommission 5/2 und auf einem Beschluss des Landtages vom Dezember vergangenen Jahres beruht. Wir befinden uns also seit längerem in einem äußerst transparenten Verfahren, an dem viele beteiligt waren, darunter alle Fraktionen des Landtages. Das soll im nächsten Jahr mit einem Beschluss des Landtages, auch das ist ungewöhnlich, seinen Abschluss finden.

Hinter uns liegen die 18 Leitbildkonferenzen, die den Einstieg in die Diskussion und die erste Phase des Dialogprozesses bilden.

Wir konnten auf diesen Leitbildkonferenzen ganz unterschiedliche Erfahrungen sammeln, die im Zusammenhang mit der jeweiligen Betroffenheit zu sehen sind.

Fakt ist, dass ein großer Teil der Teilnehmer an diesen Veranstaltungen Beschäftigte von Kommunalverwaltungen und von Landesbehörden waren und weniger ganz normale Bürger erreicht worden sind.

Wir haben eine starke Abwehrhaltung in den kreisfreien Städten, bis auf Potsdam, gesehen. Diese prinzipielle und massive Ablehnung, die vor allem von der Stadt Brandenburg vorgebracht wird, halte ich für einen großen Fehler. Ich bezweifle, dass damit wirklich die Interessen der Einwohner dieser Städte vertreten werden. Es wäre sachgerechter und klüger, sich

konstruktiv mit den Möglichkeiten und Voraussetzungen einer Einkreisung auseinanderzusetzen, natürlich ergebnisoffen.

Dafür werbe ich, denn nur dann kann eine Stärkung dieser Städte als Oberzentren und letztlich eine dauerhafte Verbesserung der Bedingungen für diese Städte erreicht werden.

Genau das ist doch der Sinn der Reform: Verwaltungen leistungsfähiger zu machen und kommunale Selbstverwaltung zu stärken.

Bei den Veranstaltungen in den 14 Landkreisen war eine große Differenzierung in Abhängigkeit von der jeweiligen Einwohnerzahl und der Finanzsituation sichtbar.

So wird die Diskussion in den einwohnerstarken und finanziell gut aufgestellten Kreisen mit einer gewissen Gelassenheit geführt, während die schwächeren Kreise eher vorsichtig agieren, Bedenken artikulieren und eine ganze Reihe von Forderungen formulieren.

In den Leitbildkonferenzen gab es manche Kritik, so an der möglichen Größe von Landkreisen und Gemeinden und an einer hälftigen Beteiligung aller Kommunen bei einer Teilentschuldung.

Befürchtet wird ein Handlungsverlust der kreisfreien Städte bei einer Einkreisung.

Wir nehmen die Kritik ernst und fühlen uns in unserer Auffassung bestätigt, dass es um eine Reform mit Augenmaß gehen muss, um die notwendige Akzeptanz und ein hohes Maß an Freiwilligkeit erreichen zu können.

Der Dialog ist keine Einbahnstraße. Als erste Schlussfolgerungen aus der bisherigen Diskussion sehen wir uns in folgenden Punkten bestärkt:

Wir wollen den Landkreisen und Gemeinden Gestaltungsmöglichkeiten schaffen, durch eine Teilentschuldung, durch Erstattung der Transformationskosten und eines Standardanpassungszuschusses.

Wir wollen im Reformprozess keine betriebsbedingten Kündigungen anwenden.

Wir halten es für richtig, Landkreise bei Fusionen nicht zu teilen.

Die kreisfreien Städte sollen bei einer Einkreisung gestärkt, ihre Handlungsspielräume durch eine

finanzielle Entlastung, insbesondere auch für die landesweit bedeutsamen Kultureinrichtungen, und durch eine sinnvolle Aufgabenverteilung erweitert werden.

Das Modell der Amtsgemeinde soll zügig eingeführt werden, als Angebot für die Ämter und Gemeinden.

Wir stehen noch mitten im Diskussionsprozess.

In der weiteren Diskussion sind wir offen dafür, dass die künftigen Kreissitze durch den Landtag festgelegt und Ausgleichsregelungen für den Verlust von Kreissitzen getroffen werden. Wir können uns vorstellen, die bisher vorgesehene Regelmindesteinwohnerzahl für die Landkreise von 175.000 Einwohnern auf 150.000 Einwohner zu senken und auch die Mindesteinwohnerzahl für amtsfreie Gemeinden von 10.000 auf 8.000 Einwohner zu reduzieren. Das soll Gegenstand der weiteren Diskussion sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Probleme, die wir auf Landesebene diskutieren, widerspiegeln sich ganz konkret in den Kommunen.

In jedem Fall ist die Diskussion über notwendige Veränderungen landesweit in Gang gekommen, werden vielerorts Überlegungen angestellt, wie wir uns langfristig auf die Folgen der demografischen Entwicklung einstellen und auch die absehbaren Ausfälle in den öffentlichen Haushalten meistern können.

Wir lassen uns vom Vertrauen in die Kraft der kommunalen Selbstverwaltung leiten und wollen gemeinsam mit den Kommunen die Reform zum Erfolg führen.